

24. AUG. 1959



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/188 - 22. August 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die 22er rebellieren Von Franz Barsig	78
3 - 4	Frankreichs Sozialisten und Algerien Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	87
5	Gemeinsame Front gegen Hysterie "Echo der Zeit" gegen Zensurgelüste	37
6	Kantauffel Zum Düsseldorfer Prozeß	48

* * * *
* * *

Die 22er rebellieren

Von Franz Barsig

Bei den Stellen, die den Jahrgang 1922, wie es so schön bürokratisch in der Bundesrepublik heisst, "erfassen", hat sich in diesen Tagen folgender Vorfall abgespielt. Wie üblich wurden die Personalien und der militärische Werdegang aufgenommen. Als der Papierkrieg nach Ansicht des Beamten zu Ende war, fragte der Gemusterte: "Und nach meinen Verwundungen fragen Sie nicht?"

In dieser einzigen Frage kommt die ganze Tragik zum Ausdruck, die sich bei der Erfassung des Jahrganges 22 abspielt, und die CDU sollte sich schämen, diese Männer und natürlich auch die SPD, wie könnte es anderes sein, in die Nähe der Kommunisten rücken zu wollen. Was der CDU nicht passt, ist noch lange nicht kommunistisch und wenn die SED ein Propagandasüppchen kocht, was die Männer des Jahrganges 22 nicht berührt, dann hat die Zutaten hierfür die Dummheit der CDU frei Haus geliefert.

Wer Lust hat, kann auch mit dem Verteidigungsministerium weiter darüber streiten, ob dieser Stalingrad-Jahrgang, wie wir es behaupten, den höchsten Blutzoll geleistet hat, oder ob es richtig ist, wie man in der Ermekeil-Kaserne behauptet, gerade diese Männer seien gegenüber anderen Jahrgängen noch relativ gut weggekommen. Ein solcher statistischer Streit ist geradezu abscheulich, denn es kommt wirklich nicht darauf an, ob die 1922er zwei Prozent mehr oder weniger Tote hatten als der Jahrgang 1920. Das ist für die Männer, die ihre Kameraden haben fallen sehen, einigermaßen gleichgültig und für diejenigen, die heute als Krüppel vegetieren müssen, sogar peinigend und beschämend.

Tatsache ist, dass gerade dieser Jahrgang die grössten Opfer gebracht hat, nicht nur an Blut, sondern es sind die Menschen, die man aus der Berufsausbildung herausgerissen hat, die nach dem Kriege völlig neu anfangen mussten und die heute mit vollem Recht protestieren und demonstrieren, wenn man das, was sie mit ihrer Hände Arbeit geschaffen haben, in Gefahr bringen will. Sie tröstet gar nicht, dass es nur eine vierwöchentliche Übung sein soll, diese Männer denken eben weiter. Sie wissen, dass aus den vier Wochen eines Tages vielleicht wieder Monate und Jahre werden können.

Man greift sich an den Kopf und fragt immer wieder, ob es nötig war, diese Misstimmung in der deutschen Bevölkerung zu schaffen. Wenn man dem Verteidigungsministerium Glauben schenken darf, dann soll nur ein geringer Bruchteil von Spezialisten tatsächlich zu Wehrübungen einberufen werden. Wenn man auf diese Spezialisten nicht glaubt verzichten zu können, warum bemüht man sich denn nicht, sie auf dem Wege der Freiwilligenwerbung zu erhalten? Warum müssen rund 360 000 Männer in Bewegung gebracht und in Unruhe gestürzt werden, wenn man nur einige Spezialisten herausfischen will? Hier hat die militärische Bürokratie, unsinnige Pedanterie und eine Starrheit Triumphe gefeiert, die sich immer noch an dem Grundsatz "Befehl ist Befehl" ausrichtet.

Die Vorgänge, die sich in vielen Orten der Bundesrepublik abspielen, haben aber auch einen politischen Hintergrund. Als sich von den jüngeren gemusterten Jahrgängen nur ein verhältnismässig geringer Prozentsatz als Wehrdienstverweigerer meldete, da höhnte das Verteidigungsministerium und glaubte daraus beweisen zu können, dass alle Voraussagen der Sozialdemokratie falsch gewesen sind, obwohl die SPD auf diesem Gebiet gar keine Voraussagen gemacht hatte. Wohl gemerkt, damit wird nicht der geringste Vorwurf gegen die jungen Menschen ausgesprochen, die heute der gesetzlichen Pflicht genügen und ihren Wehrdienst ableisten. Jetzt haben wir es aber mit der Aushebung des ersten Jahrganges zu tun, der den Barras und den Krieg kennt. Dieser Jahrgang liebt sein Vaterland nicht weniger als etwa die Zwanzigjährigen, aber ihr Erfahrungsschatz ist grösser. Aus diesen Vorgängen sollte man auch nicht den Schluss ziehen oder es einer Partei unterstellen, dass die sogenannte Ohre-mich-Bewegung der Jahre 1950 - 1952 neu propagiert werden sollte. Das Bekenntnis zur Landesverteidigung wird dadurch nicht berührt, aber man sollte zumindest aufhorchen, denn in den persönlichen Protesten schwingt letzten Endes eine politische Unruhe mit. Dieser kriegserfahrene Jahrgang kann sich besser als jeder andere vorstellen, was ein neuer Krieg bedeuten würde. Er weiss am besten, wo sinnvolle Landesverteidigung aufhört und vielleicht das "Verheizen" beginnen kann. So gesehen sind die Vorgänge auch eine Mahnung an die Verantwortlichen, eine vernünftige Politik zu betreiben, die nicht immer und ständig nur die Aufrüstung, sondern die kontrollierte Abrüstung zum Ziele hat.

Das Verteidigungsministerium hat in der ganzen Sache keine glückliche Hand bewiesen. Die Dinge, die sich jetzt ereignen, waren vorauszusehen, und hätte es ein wenig mehr die öffentliche Meinung beachtet, dann wäre es zu der ganzen Aktion nicht gekommen. Wir leben nicht mehr im alten Kaiserreich, wo es nur das Gesetz des Befehlens und des Gehorchens gab. Demokratie bedeutet, ständig Überzeugen. Bis heute aber hat das Bundesverteidigungsministerium keine Argumente liefern können, die wirklich überzeugend waren. Es darf sich auch nicht wundern, wenn der Jahrgang 22 rebelliert.

Frankreichs Sozialisten und Algerien

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

"Le Monde" widmet der berechtigten Kritik zahlreicher ausländischer Sozialisten an der Algerienpolitik der SFIO-Führung breiten Raum unter dem Titel "Jules Moch antwortet auf die Attacken eines österreichischen Delegierten gegen die Algerienpolitik der SFIO und Guy Mollets". Es handele sich um "interne Probleme", in die sich ausländische Sozialisten nicht einmischen sollen, habe Moch gesagt. Ist aber der Algerienkrieg wirklich eine "interne" Angelegenheit der SFIO? Sind nicht alle freiheitsliebenden Menschen, vor allem alle Sozialisten an einer raschen, gerechten und friedlichen Lösung des nordafrikanischen Problems interessiert?

"Nur wir sind in der Lage, diese Schwierigkeiten wirklich genau zu kennen", habe Moch weiter erklärt. Hier muss man sich aber fragen, wie es kommt, dass unter den französischen Sozialisten ganz verschiedene Einschätzungen und Lösungen für diese Schwierigkeiten gegeben werden; während Guy Mollet weiterhin de Gaulles Innen- und Nordafrikapolitik weitgehend unterstützt, sind nicht nur die immer zahlreicheren Autonomen Sozialisten, sondern auch innerhalb der SFIO wächst eine neue Opposition, die am letzten Parteitag deutlich zum Ausdruck kam. Die Kritik der Sozialisten anderer Länder liegt ganz auf der Linie dieser französischen Sozialisten.

Mollet habe in den tragischen Mai- und Junitagen 1958 nur die Beschlüsse der Partei ausgeführt, als er die gaullistische Machtergreifung begünstigte, sagte weiter Moch und schnitt damit eine Frage an, die vom österreichischen Delegierten in Hamburg in diesem Rahmen gar nicht gestellt worden war. Es darf aber hier in Zweifel gezogen werden, ob Mollet wirklich im Auftrag der Partei handelte, als er im Mai 1958 auf eigene Faust mit de Gaulle geheime Besprechungen führte und später als Staatsminister in die Regierung de Gaulle eintrat. Die Mehrheit des Parteivorstandes - auch Jules Moch - und die grosse Mehrheit der sozialistischen Parlamentsfraktion waren ursprünglich schärfstens gegen jede Konzession an de Gaulle. Der Parteitag wurde in jenen entscheidenden Wochen immer wieder verschoben und hat erst im Herbst stattgefunden, nach vollzogenen Tatsachen. Nicht Mollet hat den Willen der Partei befolgt, diese hat sich, nach schweren Krisen und Spaltungen, den vollzogenen Tatsachen gebeugt.

Die Gefahr einer Fallschirmjägerlandung und eines Bürgerkrieges wird von Jules Moch, dem letzten Innenminister der Vierten Republik, zweifellos sehr richtig gesehen. Ist aber dadurch, dass man de Gaulle als kleineres Übel akzeptierte, wirklich "gerettet worden, was zu retten war"? Und für wie lange? Ist de Gaulle nicht selbst Gefangener einer Kamarilla? Wie steht es mit dem Versprechen, mit der Hoffnung, den Algerienkrieg zu beenden, diese Quelle des Ungeistes, der Folter und der Willkür?

22. August 1959

Hier kommen wir zu dem dunkelsten Punkt in der Erklärung Mochs, der laut "Monde" sagte: "Wir teilen über das Algerienproblem die Meinung des französischen Volkes. Die jungen Franzosen, die nach 18 Monaten Militärdienst heimkommen, sind glühende Patrioten und verlangen, dass das Algerienproblem mit Waffengewalt gelöst wird. Wir sind Politiker und müssen den Tatsachen Rechnung tragen." Man möchte es nicht für möglich halten, dass der Abrüstungspolitiker und Sozialist Jules Moch auf dem Hamburger Sozialistenkongress solche Worte sprach, man liest sie aber schwarz auf weiss in der grossen, objektiven Pariser Tageszeitung. Ein späterer Brief Mochs an "Le Monde" stellte kein Dementi dar, sondern nur eine ergänzende Erklärung, in welcher er betonte, den Standpunkt zahlreicher Franzosen dargelegt, aber nicht gerechtfertigt zu haben.

Darf man daran erinnern, dass das französische Volk niemals Gelegenheit hatte, sich ausdrücklich für oder gegen die Fortsetzung des bereits fünf Jahre währenden Algerienkrieges auszusprechen? Die 80 Prozent, die de Gaulle im September-Volkentscheid erhielt, sind nach Auffassung weiter Kreise vor allem darauf zurückzuführen, dass Millionen Franzosen hofften, de Gaulle werde in Nordafrika den Frieden wieder herstellen. Auch unter den in Algerien dienenden Soldaten gibt es wahrscheinlich verschiedene Stimmungen; hat man übrigens Soldaten je in Kriegszeiten nach ihrer Meinung gefragt? Es gibt unter den Heimkehrern linksradikale und rechtsradikale Aktivisten, die anderen schweigen meistens.

Selbst aber wenn man annimmt, die meisten Heimkehrer seien für eine reine Gewaltlösung - was nicht zu beweisen ist - wäre dies ein Spiegelbild der wirklichen Volksstimmung? Hat man denn vergessen, dass es bei den letzten Gemeindewahlen im März einen deutlichen Linksruck gab, u.a. zugunsten der Kommunisten, die wieder, gerade infolge des Algerienkrieges und der daraus folgenden gaulistischen Wirtschaftspolitik, zur relativ stärksten Partei geworden sind? In Wirklichkeit ist die öffentliche Meinung Frankreichs zweigeteilt. Die Opposition ist vielleicht noch nicht mehrheitlich, wird aber doch immer stärker.

Angenommen, die Mehrheit der Franzosen wäre Anhänger eines Kolonialkrieges, was nicht der Wahrheit entspricht, ist es doch Aufgabe der Sozialisten, unter Umständen auch gegen den Strom zu schwimmen und die Fahne der Menschlichkeit und Brüderlichkeit hochzuhalten, für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker. In diesem Sinn beweisen die immer zahlreicheren Sozialisten, die gegen die Politik Mollats aufgetreten sind, echten französischen Patriotismus, im Geiste der Grossen Revolution und der Menschenrechte.

Gemeinsame Front gegen Hysterie

sp - Das Chruschtschow-Porträt des Nord-Westdeutschen Fernsehens ist bereits wieder Funkgeschichte, wean gleich am 18. August um 20 Uhr vermutlich erheblich viel mehr Bundesbürger als sonst üblich vor den Fernsehschirmen gesessen sind, weil sie der hysterische Ausbruch der beiden CDU-Bundestagsabgeordneten Kroll und Riedel gegen die Informations- und Informationsfreiheit alarmiert hatte. Wir hatten am 18. August an dieser Stelle die Ansicht vertreten, daß die von den beiden Christdemokraten - notabene mit offizieller Unterstützung des regierungsamtlichen "Bulletin"! - vom Zaun gebrochene Affäre faktisch das Birründen in das eingleisige Denken des 08/15-Antibolschewisten dieser Kroll-und-Riedel-Art so erbittert bekämpften Kommunisten und die Übernahme totalitärer Zensurmethode bedeute.

Wir freuen uns aufrichtig, über alle Parteigrenzen hinweg bei einem Blatt die gleichen besorgten Feststellungen zu finden, mit dem wir uns sonst oft "in den Haaren gelegen" haben. Das katholische Führungsorgan "Echo der Zeit" erklärte soeben in warnenden Überlegungen, die sich mit unserer Darstellung decken, daß man sich gegen den Versuch eines Staatsbürgers verwahren müsse, aufgrund seiner Abgeordneteneigenschaft Druckmittel gegenüber der Publizistik zu konstruieren. Dieser Kritik an den Zensur-Gelüsten der beiden CDU-Abgeordneten fügt das "Echo der Zeit" einen geharnischten Protest gegen die Pervertierung der freiheitlichen Demokratie an: "Wer von unseren Fernseh- und Rundfunkanstalten bloß politische Hetze erwartet und ihr zuliebe auf eine möglichst objektive Darstellung auch des politischen Gegners und der politischen Gefahr verzichten möchte, der scheint uns ein verschobenes Verhältnis zur freiheitlichen Publizistik zu haben".

Das ist auch unsere Meinung, und wir nehmen überdies mit Genugtuung die Mitteilung des "Echo der Zeit" zur Kenntnis, daß sich die CDU-Bundestagsfraktion von dem kritischen Übereifer ihres "Rundfunkpolitikers" Kroll distanziert habe. Leider hatte man das zu der Zeit, als die Kroll und Riedel unter Ausnutzung der Sauren-Gurken-Zeit (so "Echo der Zeit") die Zeitungsspalten mehr als zu Unrecht in Anspruch nahmen, nicht von der CDU-Fraktion selbst gehört. Und leider steht auch die entschuldigende Erklärung des Regierungspreeseamtes noch aus, daß es sich von der "kritischen Übereifer" seines "Bulletin" distanzieren, das der Hysterie der Kroll und Riedel unverantwortlicherweise das regierungsoffizielle Placet gegeben hatte.

Manteuffel

K.G. Herr von Manteuffel, weiland Bundestagsabgeordneter der FDP, später der FVP und noch später Landesvorsitzender der DP ist vom Düsseldorfer Schwurgericht zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden. "Das ist Sippenhaft im vierten Reich", rief er nach der Urteilsverkündung. Bekannten zu. Offensichtlich hielt er das Urteil genau so wenig für gerecht, wie jenes Urteil des Kriegsgerichtes, das dem unbekannteren Soldaten damals zwei Jahre Gefängnis zudiktierte und das Herr von Manteuffel durch die Erschiessung eigenmächtig revidierte. "Der war sowieso nicht viel wert", soll der Hauptfeldwebel der Kompanie des Erschossenen hinterher gesagt haben - während sein Kommandeur edlere Begründungen ins Feld zu führen wusste.

Da stritten sich die Rechtsgelehrten des Krieges herum und beharkten sich gegenseitig mit Paragraphen, Analogieschlüssen und Interpretationen, ohne einen einfachen Tatbestand freilich erschüttern zu können: Ein blutjunger Soldat wurde vom Kriegsgericht zu Gefängnis verurteilt - was einer Überführung ins Strafbataillon gleichgekommen wäre -, wer die Kriegsgerichte dieser Zeit kennt, der weiss, dass sie nicht gerade mildtätig waren - aber Herrn von Manteuffel genügte das nicht: er wollte den Soldaten tot. Wie der Führer es befahl. Herrn von Manteuffel wurden schmeichelhafte Reverenzen zuteil - er sie anständig, fürsorglich, tapfer, gerecht, genial, beispielhaft, freundlich, eisern, nicht fanatisch usw. gewesen. Nun, das sind im bürgerlichen Leben Fotschläger auch gelegentlich, was die Gerichte nicht abhält, sie wegen Fotschlags zu verurteilen. Aber wie war denn eigentlich der erschossene Jüngling? Was hatte er für Eigenschaften? Er hatte offensichtlich nur schlechte, denn er war ein einfacher Soldat. Die Herren wissen nicht mehr seinen Namen, sein Alter, seine Heimat - sie wissen nur, dass er nicht geschossen hatte. Zwar war der Divisionsarzt Dr. Müller über den Entschluss des Generals entrüstet und schickte den Oberkriegsgerichtsrat Albrecht noch einmal hin. Aber der wurde leider nicht vorgelassen. "Der General schläft, und wir können ihn deswegen nicht wecken", hiess es.

Es soll nicht bestritten werden, dass Herr von Manteuffel eine durch und durch soldatische Figur ist. Aber das ist kein Alibi - die soldatischen Figuren waren es schliesslich, mit Hilfe derer Hütler fast alle europäischen Völker überfiel. Es gibt einen Grad von preussischer Korrektheit, der wenig Platz für Humanität lässt. Das haben viele Frontsoldaten gespürt, die auch ihren Kopf wagten, wie zum Beispiel die ausgeblutete Generation des Jahrganges 1922. Ihre schrecklichen Erlebnisse, unter denen etliche waren wie jene, die im Düsseldorfer Schwurgericht zur Verhandlung standen, prägten ihre heutige widerwillige Haltung. Schliesslich war ja auch Herr von Manteuffel ein eifriger Matador jener Militärpolitik im Bonner Parlament, die uns wieder in lebensgefährliche Experimente gestürzt hat.

Das Düsseldorfer Gericht war unbefangen genug, nicht mit zwei Maßen zu messen. Es ist schon wieder angebracht, das besonders hervorzuheben.

+ = +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler